SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Amerika und Europa nach dem 11. September: aus britischen und französischen Fachzeitschriften, 1. Halbjahr 2002

Bertram, Christoph; Schwarz, Klaus-Dieter

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Bertram, C., & Schwarz, K.-D. (2002). *Amerika und Europa nach dem 11. September: aus britischen und französischen Fachzeitschriften, 1. Halbjahr 2002.* (SWP-Zeitschriftenschau, 08/2002). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-365306

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Zeitschriftenschau

Stiftung
Wissenschaft und
Politik

Deutsches Institut
für Internationale
Politik und Sicherheit

Amerika und Europa nach dem 11. September

Aus britischen und französischen Fachzeitschriften, 1. Halbjahr 2002

Christoph Bertram / Klaus Schwarz

Die Auseinandersetzung mit den strategischen Auswirkungen des 11. September 2001 hält in Frankreich wie in Großbritannien an und bildet den Schwerpunkt dieser Übersicht. Während in Großbritannien vor allem die Auseinandersetzung mit den neuen Vorgaben amerikanischer Außen- und Militärpolitik die Diskussion beherrscht, geht es in den ausgewählten französischen Beiträgen vor allem um einen Ausblick auf die Konsequenzen der beiden Wahlen – des Präsidenten und der neuen Assemblée nationale – für Frankreichs Außenbeziehungen im neuen internationalen Umfeld. Dieser Diskurs gibt auch Anregungen für die deutsche Sicherheitspolitik nach der Bundestagswahl.

Die letzte Ausgabe der *International Affairs*, der ältesten und führenden britischen Fachzeitschrift für internationale Beziehungen, beschäftigt sich in mehreren Beiträgen mit der Frage: »New Orders? New Norms?« – insbesondere mit Blick auf die Rolle der USA nach dem 11. September. **Josef S. Nye,** Harvard-Professor und einer der bedeutendsten amerikanischen Politikwissenschaftler, geht in seiner Analyse der nationalen Interessen der USA mit der Hegemonialpolitik der Bush-Regierung hart ins Gericht. Außenpolitik sei, da sich der Kongreß wenig und die amerikanische Öffentlichkeit noch weniger um sie kümmere, das Ergebnis spezieller Interessen, gegenwärtig jener der neokonservativen Kräfte im republikanischen Lager, die durch den 11. September zusätzlichen Auftrieb erfahren hätten. Nye, ein Wortführer der Denkschule des liberalen Internationalismus, fordert: »Wir brauchen eine breite Definition unserer Interessen, welche die Interessen anderer berücksichtigt.« Denn wichtigste Aufgabe der einzigen Weltmacht sei es, die internationale Ordnung aufrechtzuerhalten, sie als ein »globales öffentliches Gut« zu schützen, das es möglichst zu vermehren gelte. Dazu sei Amerika alleine nicht in der Lage. Nur wenn die USA den internationalen Konsens in Fragen von globaler Bedeutung suchten (Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, globale Erwärmung, freier Welthandel etc.), könnten sie ihre Dominanz in der Weltpolitik bewahren. Nye's Rat an die amerikanische Regierung: »Tue Gutes für den Rest der Welt, um Gutes für Amerika

zu tun«, klingt gegenwärtig in Washington offenkundig wie die Mahnung eines einsamen Rufers in der Wüste.

Die Gründe, warum es den USA schwerfällt, Hegemonialpolitik im internationalen Konsens zu betreiben, erläutert **Anatol Lieven** von der Carnegie-Stiftung im nachfolgenden Beitrag. Die USA hätten bereits unter Clinton die Chance verpaßt, gemeinsam mit anderen großen Mächten für eine funktionierende Weltordnung zu sorgen. Konzept, Mittel und Wille zur Kooperation hätten gefehlt, nicht nur bei den Amerikanern. Nach dem 11. September ergebe sich für die USA erneut die Gelegenheit, die Staatengemeinschaft hinter sich zu versammeln. Tatsächlich sei es der Bush-Administration in bemerkenswerter Weise gelungen, eine »heilige Allianz« der Staaten zur Selbstverteidigung gegen die terroristische Bedrohung zustande zu bringen. Washington laufe allerdings Gefahr, diese Allianz durch einseitige Israel-Politik und verstärkten Unilateralismus wieder zu verspielen.

Michael Cox, ein renommierter englischer Beobachter der amerikanischen Außenpolitik, Professor an der Universität in Abersytwyth (Wales), betrachtet die amerikanische Hegemonie als ein Ergebnis der Veränderungen im internationalen System seit Anfang der 90er Jahre. Der 11. September und der Fall des Taliban-Regimes in Afghanistan hätten eine weitere Verschiebung der Macht zugunsten der USA bewirkt und die amerikanische Hegemonie konsolidiert. Die Frage sei, wie die USA mit ihrer Macht in Zukunft umgingen: mit Hybris und Arroganz oder mit Klugheit und Zurückhaltung. Auch Cox ist davon überzeugt, daß der 11. September die unilaterale Richtung der amerikanischen Politik verstärkt habe.

Transatlantische Beziehungen

Was würde aus Europa ohne die amerikanische Macht, fragt **David S. Yost**, Professor an der US-Militärakademie in Monterey. Die Europäer hätten zwar die alten Dämonen überwunden, schienen aber unfähig, sich selbst zu verteidigen. Ihre Bemühungen, eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) auf die Beine zu stellen, hätten bisher keine zusätzlichen militärischen Kräfte geschaffen und zielten außerdem nicht auf eine kollektive Verteidigung. Vor allem werde die Führungs- und Machtfrage in Europa bewußt offengehalten, aus den bekannten Gründen des Gleichgewichts in Europa. Folglich bleibe die NATO für die politische Ordnung in Europa unersetzlich. Die zwischen den USA und Europa wachsende Lücke militärischer Fähigkeit bzw. Kooperation vermindere jedoch den Wert der Allianz. Es sei daher notwendig, die NATO an die neuen sicherheitspolitischen Bedrohungen anzupassen.

Eine interessante Debatte über Sinn und Zweck der NATO liefern sich **Ronald D. Asmus** vom Council on Foreign Relations und der Direktor des Centre for European Reform, **Charles Grant**, in der *NATO Review*. Asmus fordert eine erweiterte und effizientere NATO, die auch den neuen Sicherheitsgefahren außerhalb Europas entgegentreten kann. Grant bezweifelt, daß die erweiterte NATO eine starke militärische Organisation sein werde. Ihre politische Bedeutung als eine gesamteuropäische Sicherheitsorganisation werde hingegen zunehmen. Asmus hält dagegen: »Eine politische NATO wäre der Anfang vom Ende des Bündnisses.« Letztlich treffen sich beide Diskutanten in der Überzeugung, daß eine globale militärische Rolle des Bündnisses bei der Bewältigung der neuen Sicherheitsgefahren wünschenswert sei. Doch Grant bleibt skeptisch, daß die NATO das geeignete Instrument für die Bekämpfung der neuartigen Gefährdungen sei. Er plädiert für Arbeitsteilung in der NATO und für US-geführte *coalitions of the willing* im globalen Rahmen.

Es gebe zwei verschiedene Auffassungen über den Zweck der NATO, meint **William Hopkinson** vom Royal United Services Institute for Defense Studies im *RUSI Journal*: für die einen stünde sie vorrangig im Dienst der eigenen Interessen, nach Ansicht der

anderen diene sie zur Verteidigung der Sicherheit des gesamten euro-atlantischen Raumes. Der Verfasser plädiert für die zweite Auffassung und bemängelt den geringen Fortschritt der NATO-Reform, die auf dem Prager Gipfel erneut zur Debatte stehe. Vor allem die alliierten Kommandostrukturen und operativen Planungsprozesse seien noch nicht auf die wahrscheinlichen Konflikt- und Krisenszenarien abgestimmt und für EU-geführte Operationen ungeeignet. Die NATO sollte sich eher in Richtung einer Organisation für *coalitions of the willing* entwickeln. Die wichtigsten Bündnismitglieder (USA, UK, Frankreich, Deutschland) sollten ein informelles Direktorium bilden, um die Entscheidungsprozesse in der erweiterten NATO zu erleichtern.

Parlament und Regierung in Großbritannien äußern sich einigermaßen enttäuscht über die ausgebliebene politische Dividende der *special relationship* mit den Vereinigten Staaten nach dem 11. September. Dennoch will London an seiner traditionellen Rolle des transatlantischen Brückenbauers festhalten, zugleich aber das britische Gewicht verstärkt in die europäische Waagschale (ESVP) werfen. Davon zeugen die beiden Artikel von **Julian Lindley-French** und **Michael Codner** in derselben Nummer des *RUSI Journal*. Ersterer argumentiert für eine Europäisierung der NATO und eine Modernisierung der NATO-Doktrin nach britischem Konzept. Letzterer macht sich Gedanken über die Inhalte eines »New Chapters« der Strategic Defence Review von 1998, das gegenwärtig vorbereitet wird und die verteidigungspolitischen Schlüsse aus dem 11. September ziehen soll. Codner empfiehlt eine Weiterentwicklung der im Aufbau befindlichen Joint Rapid Reaction Force zu einer Integrated Rapid Effect Force, die sowohl präemptiv und proaktiv als auch reaktiv zur Konflikt- und Krisenbewältigung eingesetzt werden kann und Interoperabilität mit den geplanten US-Transformationsstreitkräften gewährleistet.

Strategie

Die jüngste Ausgabe des *Survival* befaßt sich mit der terroristischen Bedrohung und amerikanischen Verteidigungspolitik. **Dennis M. Gormley** vom Londoner International Institute for Strategic Studies (IISS) stellt die Frage, welche Lehren aus dem 11. September für das amerikanische Raketenabwehrprojekt zu ziehen seien. Es habe sich gezeigt, daß es den Aufklärungsdiensten nicht nur an Erkenntnissen, sondern auch an Vorstellungskraft gefehlt habe, was die Mittel und Methoden katastrophischer Terrorangriffe anbelangt. Es sei daher ein Fehler, die Raketenbedrohung für die wahrscheinlichste zu halten und das Raketenabwehrprogramm zu forcieren. Gegen Cruise Missiles und ferngesteuerte Flugzeuge könne es ohnehin wenig und nur im krassen Kosten-Nutzen-Mißverhältnis etwas ausrichten, ganz abgesehen von Massenvernichtungswaffen, die auf andere Weise in die USA gelangen können, beispielsweise in Schiffscontainern. Außerdem dürften die rüstungskontrollpolitischen Anstrengungen zur Verhinderung der Verbreitung von Raketentechnologie nicht vernachlässigt werden.

Victor A. Utgoff begründet das strategische Rational der Raketenabwehr. Sie solle nicht nur nuklearen Bedrohungen begegnen oder Schaden begrenzen, sondern Verbündete vor Angriffen nuklear bewaffneter Staaten schützen. Ohne Raketenabwehr würden sich die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen beschleunigen und die Wahrscheinlichkeit nuklearer Konflikte erhöhen. Mit Raketenabwehr verringere sich die Gefahr, daß nukleare Abschreckung versagen könnte. Sie stärke die Interventionsfähigkeit, erleichtere die Bildung von Koalitionen gegen nuklear bewaffnete Angreifer und unterstütze die globale amerikanische Hegemonie. Solche strategischen Zielsetzungen seien allerdings nicht unilateral zu verwirklichen, wie **Stanley Orman,** ein britischer Raketenabwehrspezialist, in der jüngsten Ausgabe des *RUSI Journal* feststellt. Die USA ließen

eine überzeugende Politik vermissen, die es den Europäern ermögliche, sich an dem Projekt zu beteiligen.

Die US-Regierung übertreibe die Bedrohung, die von nuklearer Proliferation ausgehe, meinen **Jon B. Wolfsthal** von der Carnegie-Stiftung und **Tom Z. Collina**, Direktor für globale Sicherheit der Union of Concerned Scientists. Das zeige sich am Ergebnis der neuen Nuclear Posture Review, die keine drastische nukleare Abrüstung zuwege bringe. Indem Rußland dem Beispiel der USA folge und große Mengen an Kernwaffen in Reserve halte, werde im Gegenteil die Proliferationsgefahr vergrößert, weil die russischen Nuklearwaffenlager überfüllt und schlecht gegen Diebstahl von Spaltmaterial gesichert seien. Die Bush-Regierung habe sich für nuklearstrategische Flexibilität auf Kosten kontrollierter Beseitigung überflüssiger Kernwaffen entschieden.

Ähnlich kritisch äußert sich **Michael O'Hanlon** von der Brookings Institution über die Quadrennial Defense Review der Bush-Regierung. Die angekündigte und erwartete radikale US-Streitkräftereform finde in diesem Dokument keinen Niederschlag. Rumsfeld habe das konservativste Ergebnis der insgesamt vier Überprüfungen der amerikanischen Streitkräfteplanung seit Ende des Kalten Krieges geliefert und sich mit seinen Vorstellungen zur Transformation der Streitkräfte, die Eingriffe in deren Umfang und in geplante Rüstungsvorhaben erfordert hätten, gegenüber der Militärführung und im Kongreß nicht durchsetzen können. Ihm seien zwar einige Veränderungen gelungen, wie Aufbau der Homeland Defense, Aufstockung der Mittel für Forschung und Entwicklung, Straffung der Ballistic Missile Defense Organization und Reform der Führungsspitze des Pentagon, aber er habe die Kernelemente der unter Clinton entstandenen Verteidigungspolitik übernommen und lediglich eine verbesserte Ausstattung mit dramatisch gesteigerten Verteidigungsausgaben auf Kosten eines ausgeglichenen Staatshaushalts erreicht.

Eine nicht neue, lediglich in die öffentliche Debatte zurückgekehrte Variante zum Thema Revolution in Military Affairs (RMA) steuert **Susan B. Martin** im *Journal of Strategic Studies* bei, die sie als »The Real Military Revolution« vorstellt: die Rolle biologischer Waffen in der internationalen Politik. Deren Bedeutung werde weithin verkannt, sie könnten größere Auswirkungen auf die Entwicklung des internationalen Systems haben als Kernwaffen. B-Waffen seien billiger und leichter zu beschaffen, ihr Verbot ließe sich schwieriger kontrollieren. Zwar seien sie militärisch nicht sinnvoll zu gebrauchen, aber zum Schutz vitaler Interessen sehr wohl geeignet, indem sie etwa die amerikanische Handlungsfähigkeit in regionalen Konflikten einschränken bzw. die überragende militärische Macht der USA durch asymmetrische Bedrohung abschrecken könnten. Die Verbreitung von B-Waffen könne daher eine Proliferation strategischer Abschreckung bewirken und die internationalen Beziehungen dramatisch verändern.

Angesichts einer solchen Herausforderung der bestehenden internationalen Ordnung denkt **Audrey Kurth Cronin** in ihrem Aufsatz über die Grenzen staatlicher Souveränität in der amerikanischen Strategie im Zeitalter des Terrorismus nach. Die USA seien aufgrund ihrer politischen Kultur auf diese neue strategische Bedrohung schlecht vorbereitet. Was jetzt gebraucht werde, sei eine »Revolution in diplomatischen Angelegenheiten«, eine wirksam organisierte Initiative gegen den internationalen Terrorismus, die in erster Linie auf der politischen und erst in zweiter auf der militärischen Ebene angesiedelt werden müsse.

Frankreich nach dem 11. September...

Pierre Hassner, Professor am Pariser Institut für Politische Wissenschaften und einer der klügsten strategischen Denker Europas, zieht in einem langen, melan-

cholischen Interview in *Politique Internationale* eine Bilanz der Auswirkungen des 11. September. Nach dem Ende des Kalten Krieges habe man den Eindruck gehabt, Kriege gebe es nur noch an der Peripherie, nicht mehr im Zentrum. Mit dem Anschlag auf New York und Washington sei jedoch das Zentrum angegriffen und damit die Vorstellung hinfällig geworden, man könne zwischen den beiden Welten trennen. »Wir sind heute in einer neuen Konfiguration.« Die Absichten der amerikanischen ›Falken‹ betrachtet Hassner mit Besorgnis – ob im israelisch-palästinensischen Konflikt oder gegenüber dem Irak. In Rußland sehe Präsident Bush eine Stütze gegen China, den einzigen möglichen Rivalen – so wie Nixon und Kissinger einst China als Verbündeten gegen Rußland nutzten. Es sei zwar möglich, daß die Vereinigten Staaten die Probleme der übrigen Welt wahrnähmen und sich ihnen zuwendeten, gerade auch im Nahen Osten. Aber er befürchte, daß dies erst nach Katastrophen geschehen werde, die man hätte vermeiden können. »In vorhersehbarer Zukunft werden wir gefährlich leben ... Und diese Herausforderung der Unsicherheit ist um so beunruhigender, als der Feind schwer zu fassen und zu identifizieren ist. Es wird viel Reife von uns verlangt werden, ... sehr viel mehr als zu Zeiten des Kalten Krieges. Was ich in unseren Ländern befürchte, ist eine Mischung von Selbstsucht und Paranoia.«

... und nach den Wahlen

Zur »Außenpolitik Frankreichs nach 2002« hat die Vierteljahresschrift *La revue internationale et stratégique*, herausgegeben vom Institut de relations internationales et stratégiques, unter der Leitung von **Pascal Boniface** eine Sondernummer herausgebracht, die im Frühjahr erschien, also noch vor den beiden Wahlen in Frankreich. Das Besondere: Vertreter sämtlicher Parteien – von den Kommunisten bis zu den Grünen auf der Linken und den Gaullisten und »Souveränisten« auf der Rechten (Le Pens Front Nationale ist ausgespart) – erläutern hier in Einzelinterviews mit Boniface ihre außenpolitischen Vorstellungen. Zwei Beobachtungen sind besonders erwähnenswert: Das Verhältnis zu Deutschland wird von keinem der Gesprächspartner als außenpolitisches Problem auch nur erwähnt, geschweige denn empfunden; und so sehr Frankreichs internationale »Berufung« betont ist, wird deren Verwirklichung doch fast einhellig in den EU-Rahmen gestellt.

Angesichts der Bestätigung von Präsident Chirac und der überwältigenden Mehrheit seiner Mitte-Rechts-Formation im Parlament sind die Äußerungen von Vertretern dieser Gruppierung nach den Wahlen von besonderem Interesse. Die Abgeordnete der Rassemblement pour la République (RPR), **Roselyne Bachelot-Narquin**, beklagt eine »Balkanisierung« gaullistischen außenpolitischen Denkens, die Folge des generell nachlassenden öffentlichen Interesses an außenpolitischen Fragen. Für jeden Bereich käme es heute entscheidend auf das Urteil einiger starker Persönlichkeiten in der Partei an, von einer gemeinsamen außenpolitischen Konzeption der RPR indes könne nicht mehr gesprochen werden.

Eine Ausnahme sei jedoch die »europäische Konstruktion«. Hier macht Frau Bachelot-Narquin so etwas wie eine Kulturrevolution aus. »Heute, da wir endlich die Kindereien der Souveränisten hinter uns gelassen haben, erscheint die RPR als die in ihrem europäischen Engagement intelligenteste und geschlossenste Partei Frankreichs.« Europa sei als Machtfaktor Frankreichs in der Welt gegenwärtig ohne Alternative. Die RPR-Abgeordnete beschreibt sich und andere in ihrer Partei gar als »Euro-Überzeugte«: »Wir haben uns geirrt, auch in der Verteidigungspolitik haben wir ... uns geirrt.«

Hervorzuheben in diesem Interview ist das Fehlen jeder Polemik gegen die Vereinigten Staaten, auch wenn die Abgeordnete neben Europa einen »angelsächsischen Block« entstehen sieht. Ausdrücklich beklagt sie die »völlige Abwesenheit

Frankreichs in der öffentlichen Meinung Amerikas.«

Das europäische Bekenntnis findet Bestätigung und Verstärkung bei **Hervé Morin,** Abgeordneter der traditionell Europa-freundlichen UDF, die heute zum größten Teil ebenfalls zur Partei des Präsidenten gehört. Die Krise vom Herbst 2001 habe gleichermaßen gezeigt, daß Frankreich in der Außenpolitik nicht mehr viel und Europa noch nicht viel bedeute. Europa als außenpolitischer Machtfaktor müsse sich endlich der gemeinsamen Verteidigung annehmen. Das aber sei ohne ernsthaftes politisches Programm nicht zu erreichen. »Ich habe den Eindruck, daß sich in den letzten 15 Jahren auf diesem Feld politisch wenig bewegt hat, selbst wenn die Mentalität in den Generalstäben sich wandelt.« Morin äußert die Hoffnung, daß die Franzosen durch den 11. September aufgeschreckt worden sind.

Den Auftakt zu dem Sonderheft macht ein Gespräch zwischen dem damaligen Generalsekretär des Außenministeriums, **Loic Hennekinne**, und dem außenpolitischen Fachmann der *International Herald Tribune*, **Joseph Fitchett**, über die französisch-amerikanischen Beziehungen nach dem 11. September. Der Beamte des Quai zeigt darin viel Verständnis für das amerikanische Vorgehen, unterschiedliche Koalitionen für die anstehenden Aufgaben auch ohne Rückgriff auf die Nato zusammenzustellen. Die Allianz biete ja auch nicht unbedingt den besten Rahmen, um eine derartige Krise zu koordinieren. Fitchett geht noch weiter: Das alte Bündnis sei heute weniger geeignet, die traditionellen transatlantischen Bindungen zu erhalten. Er läßt die explizit gestellte Frage unbeantwortet, wieweit die neue Koalition gegen den Terror zu einem neuen Gleichgewicht zwischen Amerika auf der einen, Frankreich und den europäischen Staaten auf der anderen Seite führen könne.

Inzwischen wird in Washington betont, die NATO könne nur in dem Maße für die künftige Zusammenarbeit taugen, wie die europäischen Verbündeten bereit seien, ihre militärischen Fähigkeiten auszubauen. Daß damit nicht nur Deutschland gemeint sein könnte, sondern auch Frankreich, macht General a.D. **Paul Arnaud de Foiard** in der Mai-Ausgabe von *Défense Nationale* deutlich. Der Anteil des französischen Verteidgungsbudgets am Bruttosozialprodukt sei seit 1992 mit Ausnahme des Jahres 1999 ständig reduziert worden – von 3 Prozent auf 1,7 Prozent 2002. Die Ausgaben für militärisches Gerät seien im selben Zeitraum gar um 30 Prozent gesunken. Frankreich, so der Autor, sei zu einer nennenswerten Militäroperation in Europa nicht in der Lage: »Wir bringen unsere Außenpolitik in einen Zustand der Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten.« Da bleibe nur noch die Hoffnung, daß ein Mutiger in die Politik ginge – mit der nötigen Weitsicht und Entschlossenheit, die Verteidigung Frankreichs vor dem Verfall zu retten. Inzwischen hat der wiedergewählte Präsident Chirac eine Steigerung der Verteidigungsausgaben in unbestimmter Höhe angekündigt.

Vorgestellte Aufsätze

Arnaud de Foiard, Paul, Delabrement de da défense nationale, in: Défense nationale, 58 (Mai 2002) 5, S. 84–89

Asmus, Ronald D. versus Charles Grant, Can NATO Remain an Effective Military and Political Alliance if It Keeps Growing?, in: NATO Review, 50 (Sommer 2002) 1, http://www.nato.int/docu/review/2002/issue1/debate.html

Bachelot-Narquin, Roselyne, Realité d'un monde multipolaire, in: La revue internationale et stratégique, (Frühjahr 2002) 45, S. 41–48

Codner, Michael, British Military Strategy Home and Away, in: RUSI Journal, 147 (April 2002) 2, S. 78–83

Cox, Michael, American Power before and after 11 September: Dizzy with Success?, in: International Affairs, 78 (April 2002) 2, S. 261–276

Cronin, Audrey Kurth, Rethinking Sovereignty: American Strategy in the Age of Terrorism, in: Survival, 44 (Sommer 2002) 2, S. 119–139

Gormley, Dennis M., Enriching Expectations: 11 September's Lessons for Missile Defence, in: Survival, 44 (Sommer 2002) 2, S. 19–36

Hassner, Pierre, La Guerre est un Caméléon, in: Politique Internationale, (Winter 2001–2002), S. 67–84

Hennekinne, Loïc et Joseph Fitchett, La relation franco-americaine aprés le 11 september 2002, in: La revue internationale et strategique, (Frühjahr 2002) 45, S. 21–28

Hopkinson, William, NATO and the 2002 Summit, in: RUSI Journal, 147 (April 2002) 2, S. 42–47

Lieven, Anatol, The Secret Policemen's Ball: The United States, Russia and the International Order after 11 September, in: International Affairs, 78 (April 2002) 2, S. 245–260

Lindley-Frech, Julian, Fighting Europe's Wars the British Way, in: RUSI Journal, 147 (April 2002) 2, S. 74–77

Martin, Susan B., The Role of Biological Weapons in International Politics: The Real Military Revolution, in: The Journal of Strategic Studies, 25 (März 2002) 1, S. 63–98

Morin, Hervé, L'Europa ne sera quissance que si alle est unie, in: La revue internationale et stratégique, (Frühjahr 2002) 45, S. 67–72

Nye, Joseph S., The American National Interest and Global Public Goods, in: International Affairs, 78 (April 2002) 2, S. 233–244

O'Hanlon, Michael, Rumsfeld's Defence Vision, in: Survival, 44 (Sommer 2002) 2, S. 103–118

Orman, Stanley, US Missile Defence: Where's the Broad Policy?, in: RUSI Journal, 147 (Juni 2002) 3, S. 28–33

Utgoff, Victor A., Proliferation, Missile Defence and American Ambitions, in: Survival, 44 (Sommer 2002) 2, S. 85–102

Wolfsthal, Jon B., and Tom Z. Collina, Nuclear Terrorism and Warhead Control in Russia, in: Survival, 44 (Sommer 2002) 2, S. 71–84

Yost, David S., Transatlantic Relations and Peace in Europe, in: International Affairs, 78 (April 2002) 2, S. 277–300

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2002
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org